



fischerei

Schweizerische Fischerei-Zeitung

Jetzt sind Bund, Kantone und Elektrizitätswirtschaft stark gefordert

Termine

In dieser Rubrik veröffentlichen wir Terminangaben von Anlässen des SFV und seiner Mitglieder sowie von Dritten, soweit sie von fischereilichem Interesse sind.

Termine 2010

27.03.2010

Präsidentenkonferenz
Solothurn

08.05.2010

SFV-Delegierten-
versammlung
10.30–16.00 Uhr
Frutigen

27. bis 30.05.2010

Fliegenfischerkurs
Alt St. Johann an der Thur
(siehe www.sfv-fsp.ch)

11.09.2010

Präsidentenkonferenz
Nachmittag

30.10.2010

SFV-Delegierten-
versammlung
Ganzer Tag

Schweiz. Fischerei-Zeitung
Kurt Bischof
Postfach 141, 6281 Hochdorf
kurt.bischof@bischofmeier.ch
Telefon 041 914 70 10
Fax 041 914 70 11

www.sfv-fsp.ch

Mit dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Lebendiges Wasser» hat der Schweizerische Fischerei-Verband viel erreicht. Jetzt aber kommt es auf die Umsetzung an. Darüber wurde an der Fachtagung des SFV informiert und diskutiert.

120 Personen liessen sich an der Fachtagung des SFV über die Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes informieren. Prominente Vertreter der einzelnen Standpunkte standen, moderiert von Kurt Bischof, Red und Antwort. «Unsere Fische sind in Not»: Mit diesem ultimativen Appell eröffnete Roland Seiler, Präsident des Schweizerischen Fischerei-Verbandes SFV, die Tagung. Gemäss der «Roten Liste» sind bereits acht der ursprünglich 55 Fischarten in der Schweiz ausgestorben. Von den restlichen 47 seien 33 gefährdet.

Thema der Bundespolitik

Die Ursachen für die Bedrohung der Fische sind laut Seiler bekannt und unbestritten: der verbetonerte Lebensraum, die unüberwindbaren Wanderhindernisse, die ungenügenden Restwassermengen, die tödlichen Schwall-Sunk Betriebe, die gestörte Geschiebedynamik, die giftigen Chemikalien und die fischfressenden Vögel.

Deshalb hat der Schweizerische Fischerei-Verband SFV die Volksinitiative «Lebendiges Gewässer» mit der hohen Zahl von über 160 000 gültigen Unter-

schriften eingereicht. «Damit haben wir die Probleme des quantitativen Gewässerschutzes auf die Agenda des Bundeshauses gesetzt.» Das Parlament habe den Handlungsbedarf erkannt, die hohe Zahl von Unterschriften respektiert und die grossen Chancen des Begehrens an einer Volksabstimmung erkannt. Deshalb hätten sich National- und Ständerat zu einem ausgezeichneten Gegenvorschlag durchgerungen. «Wir haben sehr viel erreicht, mehr als die grössten Optimisten unter uns je zu träumen gewagt haben.» Deshalb konnte der Schweizerische Fischerei-Verband Ende 2009 die Initiative zurückziehen.

Jetzt geht es los...

Nun seien Bund, Kantone und Elektrizitätswirtschaft gefordert. «Sie müssen den Tatbeweis erbringen, dass es ihnen ernst ist mit dem quantitativen Gewässerschutz.» Denn mit dem Erlass der neuen Gesetzesbestimmungen seien noch

- kein Meter verbetoniertes Gewässer renaturiert,
- kein Wanderhindernis entfernt,
- kein Schwall-Sunk-Betrieb saniert,
- kein Geschiebehaushalt reaktiviert.

Terminlich gab Seiler den Tarif durch: «Wir wollen verhindern, dass es zu Verzögerungsmanövern und zu einer Verschleppung kommt, sonst gehen wir wieder auf die Strasse.»

Fischer verschafften sich Respekt

Wichtige Partner für den Gegenvorschlag waren im Parlament Nationalrat Martin Landolt (BDP, Glarus) und Ständerat Filippo Lombardi (CVP, Tessin). Landolt ist als Neo-Nationalrat zwei Monate nach der Vereidigung ein regelrechter Coup gelungen. Landolt kämpfte überzeugt für den Kompromiss, denn er hätte sich persönlich nicht für die Initiative als Ganzes einsetzen können. «Denn ich bin auch Wirtschaftspolitiker und Bewohner eines



Nationalrat Martin Landolt (GL) hat dem Gegenvorschlag zum Durchbruch verholfen.

Kantons, der stark auf die Wasserkraft angewiesen ist und von ihr profitiert.» Umso glücklicher sei er mit dem ausgehandelten Kompromiss in der Form des Gegenvorschlags, weil die Initiative bei einer allfälligen Volksabstimmung gute Chancen gehabt hätte. Reue über den allfälligen Sieg sei jetzt aber fehl am Platz. Denn der Fischerei-Verband habe nicht nur inhaltlich viel erreicht, sondern drei weitere Siege eingefahren: Respekt, Partnerschaften und es sei gelungen, den Handlungsbedarf aufzuzeigen.

Revitalisierung und Sanierung

Siegfried Lager vom Bundesamt für Umwelt informierte über den Stand der



Roland Seiler: «Wir haben mehr erreicht als die grössten Optimisten träumten.»



Siegfried Lager: «Der Bund wird mit Kantonen Programmvereinbarungen abschliessen.»

Vorbereitungen bei der Umsetzung des Gegenvorschlags. Beim Schutz-Ziel gehe es einerseits um die Revitalisierung und andererseits um die Sanierung der Wasserkraft (Schwall/Sunk, Geschiebe, Fischgängigkeit). 4000 der total 15 000 verbauten Gewässerkilometer sollen bis in 80 Jahren revitalisiert werden. Das bedinge einen Landbedarf von 2000 Hektaren. In die Finanzierung sollen sich Bund und Kantone von mutmasslich 65 Prozent Bund (rund 40 Millionen pro Jahr) und 35 Prozent Kantone (rund 20 Millionen pro Jahr) teilen. Ein wichtiger Punkt sei die Sicherung des notwendigen Gewässerraums bei der Hälfte der Fliessgewässer, was laut Lager rund 30 000 Kilometer extensive Bewirtschaftung des Gewässerraums betrifft. Zur zweiten Stossrichtung – die Sanierung der Wasserkraft, insbesondere Schwall und Sunk – nannte Lager einen Zeithorizont von 20 Jahren für bauliche Massnahmen wie den Bau von Ausgleichsbecken, Umgehungsgewässer, Ableitungskanäle.

Stand der Dinge beim Bafu

Laut Lager bereitet das Bafu gemäss den Vorgaben des Parlaments die nötigen Anpassungen der Gewässerschutz-Verordnung schon heute vor. Damit die Kantone das Heft in die Hand nehmen, sieht der Bund «Umsetzungsbeschleuniger», wie sich Lager ausdrückte, vor. Konkret wird der Bund (Bafu) mit den Kantonen Programmvereinbarungen zur Revitalisierung von Gewässern abschliessen. Die Höhe der Finanzierung werde sich nach der Bedeutung der Massnahmen für die Wiederherstellung der natürlichen Funktionen der Gewässer sowie nach der Wirksamkeit der Massnahmen richten. Der Teiler von 65 und 35 Prozent ist also nicht die Regel, sondern das Richtmass. Auch für die Sanierung



Markus Züst: «Die Kantone machen mit, wir müssen aber Interessen abwägen.»

gen bei der Wasserkraft gibt es einen «Umsetzungsbeschleuniger»: Einen Zuschlag von maximal 0.1 Rappen pro Kilowattstunde auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze. Daraus ergibt sich eine Summe von rund 50 Millionen Franken pro Jahr, und das während 20 Jahren. Mit diesem Geld sollen die Massnahmen bei Schwall/Sunk, Geschiebe, Fischgängigkeit bei Wasserwerken finanziert werden. Lager vertrat an der Tagung den optimistischen Fahrplan, demzufolge nach der internen und externen Vernehmlassung Gesetz und Verordnung bereits 2011 in Kraft treten könnten.

Ein «Ja aber...» der Kantone

«Die Kantone machen mit», war die Antwort des Urner Regierungsrates Markus Züst als Präsident der Regierungskonferenz der Gebirgskantone. Doch Züst schob ein «aber» nach: Die Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes sei eine grosse Herausforderung für die Kantone, es brauche Zeit und es brauche zusätzliche Ressourcen. Züst nannte als Beispiel für die Schwierigkeiten die Schwall/Sunk-Problematik.

«Alleine mit den finanziellen Mitteln aus dem Übertragungsnetz lässt sich das Problem nicht lösen.» Damit verbunden seien bauliche Massnahmen, die Raum und Platz brauchen und Konflikte mit anderen Anspruchsgruppen beinhalten. Ähnlich anspruchsvoll sei die Sanierung bestehender Wasserentnahmen und der Hochwasserschutz. «Deshalb müssen die Kantone eine Interessenabwägung zwischen verschiedenen Ansprüchen vornehmen, insbesondere auch mit dem Wasser als erneuerbare Energie.»

Grosser Landbedarf

Die Interessenabwägung war auch ein wichtiges Thema im Referat von Heinz Karrer, CEO der Axpo Holding. «Für die Interessensgegensätze zwischen Wasserkraftnutzung und Gewässerschutz brauchen wir sinnvolle Rahmenbedingungen.» Das sei mit dem Gegenvorschlag zur Initiative gelungen, deshalb habe ihm auch die Stromwirtschaft zustimmen können. Im Rahmen von konkreten Projekten in verschiedenen Regionen sei es der Axpo in jüngster Zeit gelungen, diese Gegensätze unter einen Hut zu bringen. Bei der Schwall-Sunk-Regelung sieht Karrer die Herausforderung bei den grossen Ausgleichsbecken, die gebaut werden müssen. «Diese benötigen viel Geld und Raum und von allen Seiten Goodwill und Kreativität». Die Renaturierungsbestimmungen zur Revitalisierung der Gewässer bezeichnete Karrer als «Generationenaufgabe». Es gebe aber schon einige Beispiele, wo Kraftwerke und Natur in bestem Einklang stehen.



Heinz Karrer: «Der Bedarf an Land für Ausgleichsbecken ist sehr gross.»

Kurt Bischof 



Hans-Peter Güntensperger, Schweizerischer Fischerei-Verband, im Gespräch mit Besuchern.

Viele Kinder waren fasziniert von den eindrücklichen Aarefischen.

Das riesige Schau-Aquarium des SFV war Hauptattraktion der Ausstellung Fischen-Jagen-Schiessen, siehe dazu auch Interview mit SFV-Geschäftsführer Philipp Sicher, Seite 70.